

V-5 Kein Wahlkampf der Angst: der Senat muss handeln, bevor Hass und Gewalt gegen Politiker:innen und engagierte Parteimitglieder in 2026 eskalieren

Antragsteller*in: Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Angepöbelt und beleidigt, während man Plakate aufhängt. Angespuckt, mit Eiern
2 beworfen, ins Gesicht geschlagen und mit Mord gedroht, nur weil man Flyer
3 verteilt. Reifen zerstochen, Parteibüros beschmiert und Wahlplakate systematisch
4 zerstört. Das war der Alltag vieler Kandidierender und ehrenamtlicher
5 Wahlhelfer:innen während des Bundestagswahlkampf 2025 in Berlin. Bereits
6 zweieinhalb Wochen vor der Wahl zählte das Landeskriminalamt [251 solcher](#)
7 [Straftaten](#).

8 Diese besorgniserregende Entwicklung darf uns 2026 nicht unvorbereitet treffen.
9 Mit Blick auf die Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen braucht es wirksame
10 Schutzmechanismen, um eine Verrohung und die Einschüchterung engagierter
11 Politiker:innen und Parteimitglieder zu stoppen.

12 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Innensenatorin Iris Spranger und die
13 Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg auf, politisch motivierter Kriminalität
14 (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende wirkungsvoll
15 entgegenzutreten. Um das Fundament unserer Demokratie zu schützen, müssen die
16 Berliner Strafverfolgungsbehörden ihre Bekämpfung verstärken und die zuständigen
17 Behörden entsprechend ausstatten. Dazu gehören unter anderem bessere Erfassungs-
18 und Auswertungsstrukturen sowie spezialisierte Ermittlungskapazitäten.

19 Die Innensenatorin trägt eine besondere Verantwortung: sie muss das Thema
20 politisch motivierter Gewalt gegen Politiker:innen und aktive Parteimitglieder
21 erneut auf die Tagesordnung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -
22 senatoren im Dezember 2025 setzen und sich für die Einberufung eines Bund-
23 Länder-Sicherheitsgipfel stark machen. Berlin muss jetzt mit klaren,
24 verbindlichen Vorschlägen für Prävention, Strafverfolgung und Polizeiausstattung
25 vorgehen, um gemeinsam mit den anderen Ländern wirksame Schutzmaßnahmen
26 umzusetzen, wie sie beispielsweise im Entwurf des [Gesetzes zum besseren](#)
27 [strafrechtlichen Schutz von Amts- und Mandatsträger:innen](#) vorgesehen sind.

28 Jede Verzögerung gefährdet die Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie
29 einsetzen.

Begründung

Die Bedrohungslage ist real und sie wächst. Berlin verzeichnet weiterhin hohe Zahlen politisch motivierter Kriminalität (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende:

- 2024: [550 Fälle](#), darunter 8 Gewaltdelikte, 23 Propagandadelikte und 519 sonstige Delikte. Hinzu kamen 24 Straftaten gegen Parteieinrichtungen.
- Anfang Februar 2025: bereits fast die Hälfte der Vorjahresfälle

Ein klares Warnsignal an den Berliner Senat.

Doch das Problem ist kein reines Berliner Phänomen: Laut [BKA](#) stehen "Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsidenten und -mitglieder nach wie vor als Angriffsziel deutlich im Fokus von Straftaten". Die Zahl stieg 2024 bundesweit auf 1.256. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern schlagen seit vielen Jahren Kommunalpolitiker:innen Alarm. Ein bedrückendes Beispiel zeigt der [offene Brief](#) der bündnisgrünen Kommunalpolitiker Felix Kalbe und Matthias Kaiser (Gotha) an den Thüringer Innenminister, in dem sie eine deutlich [verschärfte Bedrohungslage](#) schildern.

Der gefährliche Trend macht deutlich: Es braucht erneut ein klares und entschlossenes Signal der Innenministerkonferenz. Politisch motivierte Kriminalität gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsidenten muss als zentrale sicherheitspolitische Herausforderung anerkannt und gemeinsam bekämpft werden. Die IMK-Sondersitzung 2024 und deren Beschlüsse waren ein erster Schritt. Jetzt braucht es weitere Lösungen und eine dauerhafte Verankerung des Themas in den Arbeitskreisen.

Wenn Menschen aus Angst ihr politisches Engagement aufgeben, schrumpft der demokratische Raum. Unsere Gesellschaft steht vor einer ernsten innenpolitischen und demokratischen Bewährungsprobe. Die dramatischen Entwicklungen in Berlin und Ostdeutschland sind ein Weckruf. Sie drohen sich bundesweit zu verfestigen, wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert wird.

Unterstützer*innen

Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Joachim Syska (KV Berlin-Mitte); Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte); Carsten Rossenhövel (KV Berlin-Mitte); Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte); Jakob Münch (KV Berlin-Mitte); Eva Herzog (KV Berlin-Mitte); Rebekka Dreher (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Achim Landgraf (KV Berlin-Mitte); Rita Koch (KV Berlin-Mitte); Michaela Grzeschok (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Klaus Matthiessen (KV Berlin-Mitte); Constanze Kutschker (KV Berlin-Mitte); Manuel Rivera (KV Berlin-Mitte); Katrin Zehetmaier (KV Berlin-Mitte); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Pankow); Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte); Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow); Katharina Hild (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonah Hacker (KV Berlin-Mitte); Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Konstantin Ditschuneit (KV Berlin-Mitte); Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Stephan von Dassel (KV Berlin-Mitte); Kurt Hildebrand (KV Berlin-Mitte); Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow); Melanie Seyfarth (KV Berlin-Mitte); Hans-Christian Buhl (KV Berlin-Mitte); Jan Seifert (KV Berlin-Mitte); Sina Brabetz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jenni Winterhagen (KV Berlin-Pankow); Grit Menzzer (LV Berlin); Andreas Otto (KV Berlin-Pankow); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Pankow)